

<http://www.derwesten.de/staedte/dortmund/OB-Sierau-will-Kampf-gegen-Nazis-intensivieren-id3661210.html>

Demo-Bilanz

Kommentare: 22 Trackback-URL

OB Sierau will Kampf gegen Nazis intensivieren

Dortmund, 06.09.2010, DerWesten



OB Ullrich Sierau bei der Protestkundgebung gegen Rechts am Nordmarkt. Fotos: Franz Luthe

Dortmund Oberbürgermeister Ullrich Sierau hat sich für das Engagement der Dortmunder im Kampf gegen Rechts bedankt. Als ein weiterer Schritt schwelt dem OB an diesem Montag die Verstärkung der Koordinierungsstelle für Toleranz und Demokratie vor. Am Bundesverfassungsgericht hingegen übt Sierau Kritik.

Tausende von Menschen protestierten am Wochenende bei fast 40 Veranstaltungen gegen Rechtsextremismus. Dieser Protest sei bis auf einige wenige Zwischenfälle friedlich verlaufen, was OB Ullrich Sierau auch der städtischen Polizei zuschrieb. Sierau sah das Engagement der Dortmunder als starkes Signal an: „Nazis haben in Dortmund nichts zu suchen!“



Auch beim Friedensfest auf dem Wilhelmsplatz in Dorstfeld äußerte sich Sierau gegen Rechts.

Um die Koordination zwischen den verschiedenen Organisationen gegen Rechtsextremismus in Dortmund noch zu optimieren, will Sierau die städtische Koordinierungsstelle für Toleranz, Vielfalt und Demokratie mit weiteren finanziellen und personellen Mitteln ausstatten. Er sagte: „Darüber hinaus muss der Aktionsplan gegen Rechts weiter entwickelt werden.“ Beides soll nach Angaben der städtischen Pressestelle am Dienstag im Verwaltungsvorstand diskutiert werden.

Detaillierte Analyse soll folgen

Sierau will den sechsten Antikriegstag am Samstag, 4. September, nun detailliert analysieren. Besonders zwei Fragen will er in den kommenden Tagen noch weitergehend erörtern: Wie kann man künftig bei ähnlichen Szenarien die Versammlungsfreiheit der Demokratinnen und Demokraten besser gewährleisten? Insbesondere bei der Kundgebung auf dem Nordmarkt hatten zahlreiche Menschen den Eindruck geschildert, dass ihre Bewegungsfreiheit durch die Polizei stellenweise über Gebühr beeinträchtigt worden sei. Einen ersten Austausch darüber habe es mit Polizeipräsident Hans Schulze bereits gegeben, meldet die Pressestelle.

Nach Sieraus Ansicht darf der Schutz der Versammlungsfreiheit einiger Nazis nicht dazu führen, dass „die Bewegungsfreiheit ganzer Stadtteile teils massiv eingeschränkt wird und die Aktivitäten der Zivilgesellschaft beeinträchtigt werden“. Genau diese Güterabwägung möchte er künftig auch in den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts stärker berücksichtigt sehen. Wie er das durchsetzen will, machte er bisher nicht konkret.